

Der Anschlag zeigt, dass Hass gegen Minderheiten tödlich ist

Kristian Stemmler

Auch Sinti und Roma wurden in Hanau von Rechtsterroristen ermordet. Antiziganismus ist weit verbreitet. Ein Gespräch mit Herbert Heuß

Nach dem rechten Terroranschlag im hessischen Hanau am 19. Februar 2020 lag das Augenmerk auf den Opfern mit türkischem oder kurdischem Hintergrund. Doch es waren auch Roma und Sinti darunter. Um wen handelt es sich?

Drei der bei dem Anschlag getöteten Menschen waren Roma, ein deutscher Sinto wurde schwer verletzt. Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, hat unmittelbar nach dem Anschlag erklärt: „Der Zentralrat und alle Sinti und Roma in Deutschland trauern mit den Hinterbliebenen aller Opfer dieses rechtsterroristischen Anschlags.“ Die Attacke zeige, dass der Hass gegen Minderheiten, den Rechtsextremisten und deren politische Vertreter seit langem säen und der in den rassistischen Internetforen sich immer mehr verstärkt, tödlich ist.

Können Sie etwas zum biographischen Hintergrund dieser Menschen sagen?

Alle drei ermordeten Menschen arbeiteten in Deutschland. Vili Viorel P. stammte aus Rumänien und bereitete sich auf sein Studium der Informatik vor. Kalojan V. unterstützte seine Familie in Bulgarien, er arbeitete ebenfalls in Hanau. Mercedes K. arbeitete in dem Kiosk, in dem sie erschossen wurde.

Wissen Sie etwas über die Angehörigen?

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und auch unser Landesverband in Hessen stehen in Kontakt mit den Familien, wir bieten Unterstützung an. Auch der Beauftragte der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland, Edgar Franke, steht mit uns in Kontakt.

Rassismus scheint sich in diesem Land immer mehr Bahn zu brechen. Wo sehen Sie die Ursachen solcher Taten?

Es sind zwei Dimensionen: Zum einen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten einen rechtsextremistischen Untergrund, der sich sehr lange schon sehr gut vernetzt hat und der von den Staatsorganen weitgehend ignoriert wurde. Zum anderen gibt es seit einigen Jahren rechtsradikale Parteien, die sehr geschickt die Grenze zur Strafbarkeit oder zur Überwachung durch den Verfassungsschutz immer wieder verschoben wollen und die so den tiefverwurzelten Rassismus und Antiziganismus, der genauso auch in der Mitte der Gesellschaft zumindest latent vorhanden ist, gesellschaftsfähig gemacht haben.

Die AfD wird von vielen als geistiger Wegbereiter von Gewalttaten gesehen. Teilen Sie diese Einschätzung?

Es gibt eine Vielzahl von Wegbereiter*innen. Wir müssen sehr viel genauer hinschauen, welche Botschaften von welchen Politiker*innen verbreitet werden. In der AfD gibt es immer wieder Vertreter*innen, die erst den Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge, auch gegen Frauen und Kinder, legitimieren,

und die dann zu Hanau meinen, es sei ein psychisch kranker Einzeltäter. In ähnlicher Weise wird ein gesellschaftlicher Diskurs geprägt und strukturiert, wenn etwa für den CDU-Mann Friedrich Merz die Antwort auf Rechtsradikalismus die Bekämpfung von Clankriminalität und stärkere Grenzkontrollen sind. Dann funktioniert hier die Logik des Rechtsextremismus offenbar direkt: So werden die Opfer zur Ursache für Rechtsterrorismus erklärt.

Was muss jetzt geschehen, um rechtem Terror und rassistischer Hetze Einhalt zu gebieten? Braucht es schärfere Gesetze?

Es scheint, als sei das Bewusstsein für die Gefahr des Rechtsextremismus bei der Bundesregierung deutlich gewachsen. Die bestehenden Gesetze müssen konsequent angewendet werden. Es kann nicht sein, dass rechtsextreme Netzwerke in der Regel als Versammlungen von Einzeltätern verfolgt werden – und nicht als terroristische Vereinigungen, was sie tatsächlich sind. Alle Institutionen müssen Rechtsextremismus ernst nehmen als das, was er ist: Terror gegen Minderheiten, der im Kern auf die Abschaffung von Demokratie und Rechtsstaat zielt. Die Zivilgesellschaft muss weiter gestärkt werden – ein hervorragendes Programm wie „Demokratie leben“, das auch die Bekämpfung von Antiziganismus zur Aufgabe hat, darf nicht gekürzt werden, sondern muss dauerhaft gesichert sein.

Herbert Heuß ist wissenschaftlicher Leiter des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Kristian Stemmler ist Journalist. Das Interview wurde vom Journalisten Kristian Stemmler geführt und erschien zuerst in der Jungen Welt